



Arabischer Frühling in Khartoum?

Soziale Proteste im Zentrum,
bewaffnete Aufstände in der Peripherie

KRISTIN LINKE UND FLORIAN DÄHNE

Juli 2012

- Seit Mitte Juni 2012 wird im Sudan protestiert. Der unmittelbare Anlass hierfür ist die drastische Kürzung von Subventionen auf Grundnahrungsmittel und Treibstoff. Durch die massive Teuerung der Lebenshaltungskosten ist die ohnehin verarmte Bevölkerung weiter unter Druck geraten.
- Aufgrund von verfehlter Wirtschafts- und Finanzpolitik, Korruption und Vetternwirtschaft hat der Sudan mit erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Problemen zu kämpfen. Verschärft wird die Situation im Land durch den massiven Einbruch der Staatsfinanzen, ausgelöst durch den andauernden Streit um die Öleinnahmen mit dem seit einem Jahr unabhängigen Südsudan.
- Das Regime in Khartoum ist intern geschwächt. Zudem stellen die andauernden gewaltsamen Konflikte in den Regionen Darfur, Südkordofan und Blue Nile eine ernsthafte Belastungsprobe dar. Sollten die Kampfhandlungen nicht bald beendet und die Regionen nicht besser in das politische System des Landes integriert werden, drohen weitere Konflikte und damit die Destabilisierung und Desintegration des ganzen Landes.
- Eine mit den Entwicklungen in Tunesien oder Ägypten vergleichbare Massenbewegung gegen Präsident Omar al-Bashir existiert derzeit noch nicht. Das autoritäre Regime lässt die friedlichen Proteste mit brutaler Effizienz niederschlagen und die etablierten Oppositionsparteien sind programmatisch und personell zu schwach, um eine ernstzunehmende politische Alternative darzustellen.

Seit Mitte Juni 2012 gehen sudanesishe Studenten wieder auf die Straße. Diesmal protestieren sie nicht, wie im letzten Jahr, gegen die politische Einflussnahme der Regierung auf die Universitätsleitung und für eine faire Behandlung aller Studenten, sondern aufgrund eines anderen, unmittelbaren Anlasses: die drastische Kürzung von Subventionen auf Grundnahrungsmittel und Treibstoff. Durch das Ausbleiben der Einnahmen aus der Erdölförderung nach der Unabhängigkeit des Südsudan hat die Regierung in Khartoum mit erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Problemen zu kämpfen. Im Juni 2012 stieg die Inflationsrate auf teilweise über 30 Prozent, das Haushaltsdefizit liegt mittlerweile bei über 2,4 Milliarden US-Dollar und Wirtschaftsexperten warnen bereits vor einer Hyperinflation. Durch die massive Teuerung der Lebenshaltungskosten ist die ohnehin verarmte Bevölkerung weiter unter Druck geraten. Viele Sudanesen können sich kaum noch Fleisch, Zucker und Milch leisten und tragen ihren Unmut über die Lebensbedingungen und das jahrelange Missmanagement der Regierung nun auf die Straße.

Aufgrund der sozioökonomischen Tragweite des Sparprogramms schließen sich den Protesten, die anfänglich von Studierenden aus der Mittelschicht initiiert worden waren, mittlerweile auch andere Teile der Bevölkerung an. Auch die zunächst zögerlichen Oppositionsparteien haben sich inzwischen hinter die Proteste gestellt. Demonstriert wird nicht nur in der Hauptstadt Khartoum, sondern ebenso in vielen Provinzstädten des Landes. Im Internet wird in verschiedenen sozialen Netzwerken auf die Proteste aufmerksam gemacht und die internationalen Medien spekulieren zunehmend, ob mit der Protestbewegung nun auch im Sudan der Arabische Frühling angekommen ist.

Aber auch wenn ähnliche Motive – sozioökonomische und politische – hinter den Protesten stehen, existiert im Sudan derzeit keine Entwicklung, die mit den Massenbewegungen in Tunesien oder Ägypten vergleichbar wäre. Das autoritäre Regime reagiert mit äußerster Härte und lässt die friedlichen Proteste brutal niederschlagen. Pressezensur und die Einstellung regimekritischer Zeitungen sowie willkürliche Verhaftungen von Oppositionellen oder zivilgesellschaftlichen Aktivisten nehmen drastisch zu. Es gibt Berichte über Folter und massive Einschüchterungen. Schätzungen gehen davon aus, dass seit Beginn der Proteste über 2.000 Aktivisten festgenommen wurden. Damit sind etliche Führungsfiguren aus dem öffentlichen und politischen Raum verschwunden, die dazu hätten beitragen können, dass sich aus der Protest-

bewegung eine kritische Massenbewegung entwickelt. Das harte Vorgehen der Sicherheitskräfte verbreitet ein Klima der Angst und trägt dazu bei, die Zahl der Protestierenden vergleichsweise klein zu halten.

Soziale Proteste: Folgen einer verfehlten Finanz- und Wirtschaftspolitik

Die Protestierenden im Sudan fordern in erster Linie bessere Lebensbedingungen und wirtschaftliche Zukunftsperspektiven. Mit einer kurzsichtigen Wirtschaftspolitik sowie Korruption und Vetternwirtschaft hat das Regime in Khartoum jahrelang soziale Ungleichheiten gefördert und Entwicklungschancen verspielt.

In den Jahren vor der Unabhängigkeit des Südsudan verzeichnete der Sudan zwar starke Wachstumsraten, die allerdings weitgehend auf den Erlösen aus dem Erdölgeschäft basierten. Obgleich die Endlichkeit dieses Wirtschaftsmodells mit der bevorstehenden Abspaltung des Südens – an den etwa drei Viertel der bekannten Erdölquellen des Sudan fielen – deutlich vorherzusehen war, wurde in dieser Zeit versäumt, die wirtschaftlichen Grundlagen zu diversifizieren und Vorsorge für eine Zukunft mit deutlich geringeren Ölreserven zu treffen. Durch diese kurzsichtige Wirtschafts- und Wachstumspolitik hat die Regierung andere arbeitsfähige Wirtschaftsbereiche (z. B. den Agrarsektor und die Lebensmittelverarbeitung) vollkommen vernachlässigt. Es wurde kaum investiert oder modernisiert. Stattdessen wurde die Förderung einseitiger Wirtschaftsstrukturen von einer Politik der Liberalisierung und Privatisierung zentraler Wirtschaftsbereiche begleitet, die zum Abbau von Arbeitsplätzen und Sozialleistungen führte.

Unter dem Rückzug des Staates hat auch das Bildungssystem erheblich gelitten. Seit Jahren bringt es aufgrund von schlecht bezahltem und unzureichend ausgebildetem Personal nicht mehr ausreichend qualifizierte Fachkräfte hervor, die beispielsweise im Baugewerbe, Dienstleistungs- oder Gesundheitssektor dringend benötigt werden. Hierfür werden mittlerweile vorrangig Arbeitskräfte aus dem Ausland rekrutiert, überwiegend aus China oder Südostasien. Immer mehr Sudanesen, insbesondere große Teile der schnell wachsenden, jungen Bevölkerung werden nicht mehr in den formellen Arbeitsmarkt integriert, sondern in den informellen Sektor gedrängt, der in den letzten Jahren enorm gewachsen ist.

Die begrenzten staatlichen Ressourcen dienen maßgeblich dazu, ein umfassendes Patronage-Netzwerk und Kriege zu finanzieren, die in den Regionen Darfur, Südkordofan und Blue Nile geführt werden. Die Ausgaben für Sicherheit, Militär und Polizei belaufen sich im Jahr 2012 auf schätzungsweise über 70 Prozent des Staatshaushalts. Im Vergleich dazu werden für Gesundheit und Bildung jeweils nur 2,4 und 2,3 Prozent ausgegeben. Die Sparmaßnahmen, welche die Regierung nun eingeleitet hat, können die Löcher im Staatshaushalt nicht stopfen und werden die grundsätzliche Situation nicht verbessern. Auch die angesichts der aufkommenden wirtschaftlichen Krise zunächst gehegten Hoffnungen auf umfangreiche Kredite und Investitionen aus China und dem arabischen Raum haben sich nicht bewahrheitet. Was der Sudan dringend benötigt, sind tiefgreifende finanz- und wirtschaftspolitische Reformen.

Das Regime in Khartoum hat die hierfür notwendige Steuerungsfähigkeit allerdings längst verloren und wird zudem durch regimeinterne Auseinandersetzungen geschwächt. Das teure Patronage-Netzwerk, welches jahrelang eine wichtige Stütze des Regimes darstellte, kann aufgrund des geringer gewordenen finanziellen Spielraumes kaum noch aufrechterhalten werden und zerfällt zunehmend in einzelne Fraktionen. Interne Kämpfe um die Macht- und Deutungshoheit innerhalb des Regimes nehmen zu. Einige Gruppen, insbesondere aus der Wirtschaft, aber auch Stimmen aus dem radikalislamistischen Flügel von al-Bashirs *National Congress Party* (NCP) kritisieren die Regierung öffentlich und wenden sich von ihr ab. Die politische Macht im Sudan konzentriert sich mittlerweile fast ausschließlich auf den Präsidenten und seinen engsten Führungszirkel, der sich neben seinem Beraterstab überwiegend aus Vertretern des bislang loyal gebliebenen Sicherheitsapparats zusammensetzt.

Mangel an politischen Alternativen

Die etablierten Oppositionsparteien im Sudan stellen keine ernstzunehmende politische Alternative zum gegenwärtigen Regime dar. Sie sind programmatisch und personell zu schwach und besitzen letztlich – ebenso wie der NCP – nicht die notwendige Integrations- und Gestaltungskraft. Auch vor dem Hintergrund der schwierigen politischen und wirtschaftlichen Lage im Land haben sie es bisher nicht geschafft, konkrete

Ideen für ein alternatives Wirtschaftsmodell zu entwickeln oder sich im Kontext der anstehenden Verfassungsreform inhaltlich einzubringen. Hier sind überwiegend zivilgesellschaftliche Initiativen federführend. Auch der Protestbewegung und ihren Forderungen nach besseren Lebensbedingungen und politischer Teilhabe stand die Opposition zunächst abwartend kritisch gegenüber. Aus Sicht vieler Sudanesen sind die Oppositionsparteien längst fester Bestandteil des etablierten politischen Systems in Khartoum. Ihnen mangelt es an tiefgreifender gesellschaftlicher Verankerung, und die Kluft zur verarmten sudanesischen Bevölkerung, insbesondere in der Peripherie des Landes, lässt sich nach Ansicht vieler Aktivisten kaum noch überwinden. Ihr Führungspersonal ist veraltet und die parteiinternen Strukturen erlauben wenig Aufstiegsmöglichkeiten für jüngere und progressivere Kräfte. Die Opposition wolle, so die Kritik, auch keinen umfassenden politischen Wandel. Vielmehr strebe sie einen Regimewechsel an, der möglichst laut- und konfliktlos vonstattengeht und das bestehende politische System unangetastet lässt. Die Jugendlichen wenden sich daher von den etablierten Parteien ab und organisieren sich in sozialen Protestbewegungen, wie der Jugendbewegung *Girifna*, da sie dort bessere Möglichkeiten sehen, sich für ihre politischen Interessen einzusetzen. Doch die zivilgesellschaftlichen Kräfte allein können die Schwäche des politischen Systems nicht ausgleichen, obwohl sie derzeit die einzigen Akteure sind, die noch demokratische Alternativen für den Sudan formulieren. Auch ihnen fehlen das notwendige Führungspersonal, nationale Integrationskraft sowie die soziale und regionale Verankerung, um die gegenwärtige politische Entwicklung maßgeblich prägen zu können.

Zentrum vs. Peripherie: Kämpfe an allen Fronten

Eine zusätzliche Belastungsprobe stellen die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen der sudanesischen Armee und regimetreuen paramilitärischen Kräften auf der einen Seite und Rebellengruppen aus Darfur und den südlichen Provinzen Südkordofan und Blue Nile auf der anderen Seite dar. Ende 2011 haben sich drei darfurische Rebellengruppen¹ mit der in Südkordofan und Blue Nile kämpfenden SPLM-N (*Sudan People's*

1. *Justice and Equality Movement* (JEM), *Sudan Liberation Movement/Army – Abdul Wahed* (SLM-AW) sowie *Sudan Liberation Movement/Army – Minni Minawi* (SLM-MM).

Liberation Movement – Northern Sector) und dem *Beja Congress* aus dem östlichen Sudan zu einer Allianz unter dem Namen *Sudan Revolutionary Front* (SRF) zusammengeschlossen. Zielvorstellung der SRF ist nicht eine weitere Aufspaltung des sudanesischen Staates analog zur Sezession des Südsudan, sondern ein Sturz al-Bashirs sowie die Transformation des politischen Systems im Sinne größerer politischer und wirtschaftlicher Teilhabe peripherer Regionen. Sollte es der SRF tatsächlich gelingen, ihre aktuellen internen Meinungsverschiedenheiten zugunsten eines abgestimmten und koordinierten Vorgehens ihrer Truppen zu überwinden, stellt sie für das Regime in Khartoum eine mehr als ernstzunehmende Bedrohung dar. Die sudanesishe Armee (SAF) ist bereits durch die andauernden Kämpfe geschwächt und teilweise demoralisiert. Ausbleibende Lohnzahlungen unterminieren zudem ihre Loyalität im Kampf gegen die Rebellengruppen.

Schwere Kampfhandlungen gegen aufständische Milizen gehen insbesondere in den Regionen des »neuen Südens« mit massiven Menschenrechtsverletzungen der sudanesischen Armee gegen die eigene Zivilbevölkerung und einer Politik der verbrannten Erde gegen die Siedlungen potenzieller Unterstützer der Rebellen einher. Die Luftwaffe der sudanesischen Armee fliegt hier regelmäßig Angriffe gegen zivile Ziele. Aus Angst vor den Luftangriffen und marodierenden Bodeneinheiten wagen viele Bewohner der Nuba-Berge nicht mehr, ihre Felder zu bestellen und haben ihre Heimatorte verlassen. Viele sind jenseits der Grenze in Flüchtlingslager auf südsudanesischem Territorium geflohen. Obgleich die humanitäre Situation mehr als besorgniserregend ist, schränkt die sudanesische Regierung den Zugang internationaler Hilfsorganisationen zu den von Rebellen kontrollierten Gebieten ein.

Die gewaltsamen Konflikte in den Regionen sind das Ergebnis eines ausgeprägten Zentrum-Peripherie-Konfliktes, der nach jahrzehntelangem Bürgerkrieg bereits zur Abspaltung des Südsudan führte und bisher nicht gelöst werden konnte. Statt relevante gesellschaftlich-politische Teilhabe zu ermöglichen, forcierte die Zentralregierung in der Vergangenheit die Herrschaft einzelner Cliquen zum Preis der Ausgrenzung der großen Mehrheit der Bevölkerung. Ein inklusives *Nation Building*, welches sich auf der kulturellen und religiösen Heterogenität des Landes begründet, hat es im Sudan nie gegeben. Stattdessen verfolgte die Regierung ein

umfassendes Projekt der Arabisierung und Islamisierung des Sudan und seiner unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen. Dies hat erheblich zur wirtschaftlichen und politischen Marginalisierung peripherer Regionen beigetragen und entlädt sich nun in den gewaltsamen Konflikten.

Eine friedliche Lösung der Konflikte ist nicht in Sicht. Der Doha-Friedensprozess, der die Basis für eine politische Lösung des Darfur-Konflikts bieten soll, hat bisher nur Teilergebnisse hervorgebracht. Die vollständige Umsetzung, des im Juli 2011 von der sudanesischen Regierung und dem *Liberation and Justice Movement* (LJM) unterzeichneten Friedensvertrags ist mehr als fraglich. Akzeptiert wird er aufseiten der Rebellen nur von Teilen des LJM, alle anderen Rebellengruppen in Darfur lehnen ihn grundsätzlich ab.

Auch das von der internationalen Gemeinschaft unterstützte *Comprehensive Peace Agreement* (CPA), das den Bürgerkrieg im heutigen Südsudan beendete, hat nicht zur Lösung des sudanesischen Zentrum-Peripherie-Konflikts beigetragen. Die Protokolle zu den südlichen Grenzregionen Südkordofan und Blue Nile mit den vorgesehenen »Konsultationen der Bevölkerung« wurden nicht umgesetzt und die Hoffnungen der lokalen Bevölkerungsgruppen auf mehr Selbstbestimmung und Entwicklung enttäuscht. Massives Konfliktpotenzial besteht weiterhin bezüglich der von Sudan und Südsudan beanspruchten ölfreien Region Abyei. Das im CPA vorgesehene Referendum, das über die Zugehörigkeit Abyeis zu einem der beiden Staaten entscheiden sollte, wurde aufgrund von Streitigkeiten über die Durchführungsmodalitäten und die Gruppe der Wahlberechtigten nicht abgehalten. Die gegenwärtig unter Druck der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union vorangetriebenen Gespräche zwischen Sudan und Südsudan in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba sollen nun neben vielen anderen im CPA offengebliebenen Fragen, diese Protokolle zumindest teilweise wieder aufgreifen und eine baldige Lösung finden. Bisher sind die Gespräche ergebnislos geblieben und es ist sehr fraglich, ob es beiden Seiten in diesem kurzen Zeitraum gelingen wird, Streitpunkte zu klären, die bereits in den letzten Jahren nicht gelöst werden konnten. Sollten die Kampfhandlungen aber nicht bald beendet und die Regionen des Sudan nicht besser in das politische System des Landes integriert werden, drohen Destabilisierung und Desintegration des ganzen Landes.

Fazit: Ein heißer Sommer – aber kein Frühling im Sudan

Der Sudan steht am Scheideweg und hat einen heißen Sommer vor sich. Die Haushaltskrise ist tiefgreifend und das aktuelle Sparprogramm ist nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Wie lange das Regime seinen Machterhalt unter dem Eindruck sich zusehends verschlechternder Lebensbedingungen aufrechterhalten kann, wird vor allem davon abhängen, ob die bislang schweigende Masse der Bevölkerung sich der Protestbewegung anschließen oder ob es den Sicherheitskräften gelingen wird, das Klima von Angst und Einschüchterung durch fortgesetzte Repressionen aufrechtzuerhalten. Auch vor dem Hintergrund eines drohenden Prozesses vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag scheint es für al-Bashir derzeit keine Alternative zum Machterhalt um jeden Preis zu geben. Bislang scheint es, als würden sich die Hoffnungen der Protestierenden auf einen baldigen Regimewechsel nicht erfüllen.



Über die Autoren

Florian Dähne und Kristin Linke leiten seit 2011 die Projekte der Friedrich-Ebert-Stiftung im Sudan und im Südsudan.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Germany

Verantwortlich:
Dr. Beyhan Şentürk, Referentin für Sudan

Tel.: ++49-30-269-35-7463 | Fax: ++49-30-269-35-9233
<http://www.fes.de/international/nahost>

Bestellungen/Kontakt:
info.nahost@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86498-226-2